

**dbb Hessen**

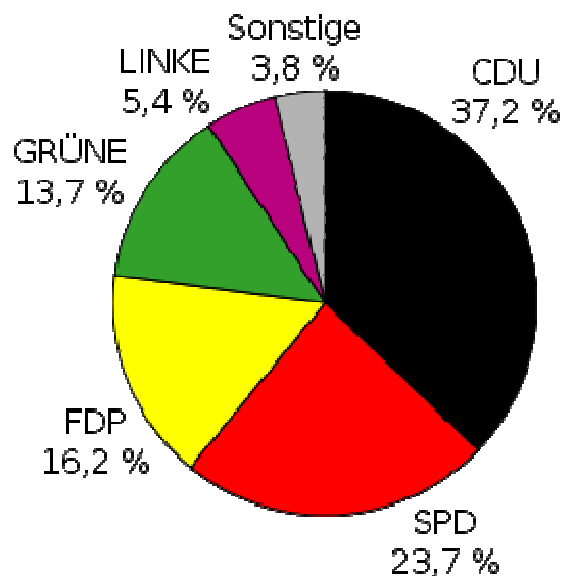
dbb beamtenbund und tarifunion  
Landesbund Hessen

# NACHRICHTEN

## Februar/März 2009

**Die neue Hessische Landesregierung steht - FDP und CDU bilden Koalition. Was hat der öffentliche Dienst Hessens zu erwarten?**

Die Landtagswahl vom 18.01.2009 brachte – wie bekannt - folgendes Ergebnis



Herausgeber:

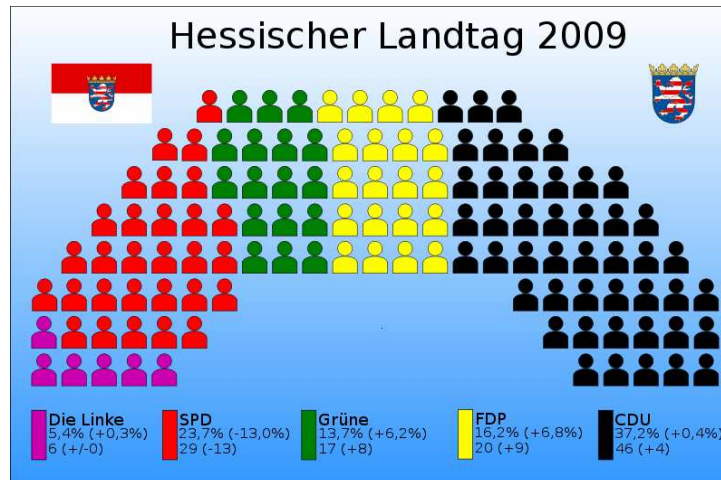
dbb beamtenbund und tarifunion  
Landesbund Hessen  
Walter Spieß - Landesvorsitzender

Eschersheimer Landstr. 162  
60322 Frankfurt am Main  
Internet: [www.dbbhessen.de](http://www.dbbhessen.de)

Telefon: 069 / 28 17 80  
Telefax: 069 / 28 29 46  
E-Mail: [mail@dbbhessen.de](mailto:mail@dbbhessen.de)

Verantwortlich:

Am **05.02.2009** hat sich der Hessische Landtag konstituiert. Der Hessische Landtag setzt sich wie folgt zusammen



Zum Hessischen Ministerpräsidenten wurde Roland Koch gewählt. Folgende Ressorts wurden gebildet und personell wie folgt besetzt:

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa

Herrn Staatsminister Jörg-Uwe Hahn  
Herrn Staatssekretär Rudolf Kriszeleit  
Frau Staatssekretärin Nicola Beer

Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

Herrn Staatsminister Volker Bouffier  
Herrn Staatssekretär Boris Rhein  
Herrn Staatssekretär Horst Westerfeld

Hessisches Ministerium der Finanzen

Herrn Staatsminister Karlheinz Weimar  
Herrn Staatssekretär Thomas Schäfer  
Herrn Staatssekretär Horst Westerfeld

Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung

Herrn Staatsminister Dieter Posch  
Herrn Staatssekretär Steffen Saebisch

Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst

Frau Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann  
Herrn Staatssekretär Gerd Krämer

Hessisches Kultusministerium

Frau Staatsministerin Dorothea Henzler  
Herrn Staatssekretär Heinz-W. Brockmann

Hessisches Ministerium für Bundesangelegenheiten

Herrn Staatsminister Michael Boddenberg

Hessisches Ministerium für Arbeit, Familie und Gesundheit

Herrn Staatsminister Jürgen Banzer  
Frau Staatssekretärin Petra Müller-Klepper

Hessisches Ministerium für Umwelt und Energie, ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Frau Staatsministerin Silke Lautenschläger  
Herrn Staatssekretär Mark Weinmeister

Als große Linie der **Koalitionsvereinbarung** ist auszumachen:

Personalmehrungen in bestimmten Bereichen des öffentlichen Dienstes – so sollen 2.500 neue Lehrer eingestellt werden und es soll auch zu Personalverstärkungen im Bereich der Inneren Sicherheit kommen - sollen durch Einsparungen an anderer Stelle ausgeglichen werden.

Hier einige Zitate:

„Wir werden trotz zusätzlicher Personalstellen in den Bereichen Bildung und Innere Sicherheit sicherstellen, dass die Zahl der Stellen im Landeshaushalt in dieser Legislaturperiode nicht wächst.“

.. und an anderer Stelle

„Unser Bekenntnis zum Ende der Nettoneuverschuldung und zur großen Steuerreform bedeutet auch, dass wir alle Anstrengungen unternehmen werden, die Personalkostenquote nicht zu erhöhen und zugleich zumindest eine Investitionsquote von ca. 10 Prozent des Haushalts beizubehalten. Wir werden am langfristigen Ziel der Reduzierung der Personalkostenquote festhalten.“

Wir werden die in der vergangenen Legislaturperioden durchgeführte Aufgabenkritik zur Konzentration der Landesverwaltung auf die Kernaufgaben konsequent fortführen.

Landesbetriebe oder Teilbereiche werden wir dann privatisieren, wenn unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten die Leistungen im Sinne der Bürger von Privaten mindestens genauso gut oder besser erbracht werden als von öffentlichen Betrieben.“

Keine Bewegung signalisiert die Koalitionsvereinbarung hinsichtlich einer Veränderung der Wochenarbeitszeit der Beamten.

Die Lebensarbeitszeit soll an die Entwicklungen im Rentenrecht unter besonderer Berücksichtigung von Sonderregelungen für den Vollzugsdienst angeglichen werden.

Damit scheint zumindest das Modell von Baden-Württemberg, das unverändert vorsieht, die Lebensaltersgrenze der Beamten schneller anzuheben, als das Renteneintrittsalter, endgültig vom Tisch.

Die Einrichtung von Lebensarbeitszeitkonten für Beamtinnen und Beamte, die 42 Stunden arbeiten müssen, ist nach wie vor vorgesehen.

An der neuen Verwaltungssteuerung als Steuerungs- und Controllinginstrument wird festgehalten, wobei innerhalb des Systems an einer Verwaltungsvereinfachung und an einer Verbesserung der Praxistauglichkeit gearbeitet werden soll.

Gedacht ist auch an die Einführung eines Jobtickets - federführend ist hier das Wirtschaftsministerium - für die Beschäftigten des Landes. Hier sollen Verhandlungen mit den Verkehrsverbänden zu einer „Rabattierung“ der Preisgestaltung führen.

## **Die Tarifrunde 2009 – Hessen vor dem Abschluss?**

Die Einkommensrunde 2009 für die Tarifangehörigen der Länder zwischen den Gewerkschaften und der TdL in Potsdam ist mit einem Kompromiss beendet worden.

Vereinbart wurde für die „TdL -Landschaft“ für 2009 und 2010 eine lineare Erhöhung

ab dem 1. März 2009 um 3 v. H. und  
ab dem 1. März 2010 um weitere 1,2 v. H..

Ab 1.3. 2009 werden vor Anwendung des linearen Steigerungssatzes zusätzlich 40 Euro in die Tabellenentgelte „eingearbeitet“.

Für die Monate Januar und Februar 2009 gibt es eine kleine Einmalzahlung von 40 €. Teilzeitkräfte erhalten diese anteilig.

Im Gegenzug wurde § 18 TV-L - die Rechtsgrundlage für das Leistungsentgelt - mit Wirkung vom 1. Januar 2009 gestrichen.

Alles in allem handelt es sich unter Berücksichtigung des Sockels bei Gegenrechnung des Wegfalls von L O B bei den Einkommensverbesserungen um ein Volumen von rund 5 %.

Die monatlichen Ausbildungsentgelte der Auszubildenden sowie die Tarifentgelte der Praktikantinnen und Praktikanten werden ab 1. März 2009 um 60 Euro und ab 1. März 2010 um 1,2 % erhöht.

Außerdem wurde vereinbart nach der Sommerpause Verhandlungen zur Entgeltordnung des TV-L aufzunehmen sowie auch partielle Fortschreibungen im Manteltarifrecht.

Rechtlich gilt dieser Abschluss nicht für die Tarifbeschäftigten Hessens, weil Hessen aus der TdL ausgetreten ist. Allerdings setzt dieser natürlich Signale für vergleichbare Anhebungen der Vergütungen in Hessen.

Nachdem die am **06.03.2009** für Hessen angesetzte Verhandlungsrunde in Wiesbaden **nicht zu einem Ergebnis** geführt hat, wird nun der Durchbruch für Ende März angepeilt – Ausgang ungewiss.

Da verschiedene tarifpolitische Fragen - u. a. die Frage der Einführung von LOB (leistungsorientierte Bezahlung) - mit der Konzeption eines Hessischen Manteltarifvertrags, der den tariflosen Zustand in Hessen beenden soll, und der Einkommensrunde 2009 verknüpft sind, sollen diese nunmehr „im Paket gelöst“ werden.

Am Freitag, dem **27.03.2009** werden die Gewerkschaften erneut mit dem Land Hessen - vertreten von Innenminister Bouffier - versuchen, zu einer Lösung zu kommen.

Ob dies gelingt, wird abzuwarten bleiben. Grundsätzlich kann man bei beiden Seiten zwar ernsthaften Einigungswillen unterstellen, aber noch gibt es genug Steine, die aus dem Weg geräumt werden müssen.

So ist daran zu erinnern, dass neben anderen noch ungelösten Tariffragen u.a. die Vorstellungen der Tarifpartner bei der Fassung eines TV-Hessen in der Frage der Festlegung einer tariflichen Wochenarbeitszeit noch auseinander klaffen, die Frage der Höhe und Staffelung der Sonderzahlungen noch nicht abschließend beraten ist und, trotz der „Beerdigung“ von LOB im TdL, die Einführung der leistungsorientierten Bezahlung im Landesbereich Hessen´s weiter Thema ist.

Bis zum 27.03. 2009 tagen Arbeitsgruppen der Tarifpartner, zur Klärung von weiteren Einzelfragen.

Eine Einigung in den „Knackpunkten“ bleibt aber dem Treffen am 27.3. vorbehalten.

Es ist damit zu rechnen, dass die Verhandlungen bis in die Freitagnacht andauern. Erst dann wird klar werden, ob die Tarifpartner zu einer Einigung kommen oder die Verhandlungen erneut vertagt werden müssen.

Selbstverständlich strebt der dbb Hessen an - wie auch die Landesbünde in den anderen Bundesländern - ein ggf. erzielttes Tarifergebnis zeit- und inhaltsgleich auf den Beamtenbereich zu übertragen und zwar sowohl für die aktiven Beamtinnen und Beamten, als auch für die Pensionäre, die allerdings die gesetzlich vorgegebenen zusätzlichen Absenkungsschritte bei der Anpassung der Versorgung hinnehmen müssen.

## **Neues zur Dienstrechtsreform Spitzenorganisationen der Gewerkschaften tauschen sich mit Mediatorengruppe aus**

Zu einem Meinungsaustausch über die Grundpfeiler der anstehenden Dienstrechtsreform sind die **gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen** mit der von dem Ministerpräsidenten gebildeten **Mediatorengruppe** am 09.03.2009 in Wiesbaden zusammen getroffen.

Wie bekannt soll diese Mediatorengruppe die Hessische Landesregierung bei der grundsätzlichen Konzeption der in Hessen anstehenden „großen“ Dienstrechtsreform beraten.

Der „parteiübergreifenden“, personell aber nicht unmittelbar in das aktuelle politische Geschäft involvierten, Mediatorengruppe gehören (in alphabetischer Reihenfolge) an:

Bundesminister a. D. Friedrich Bohl (CDU)  
Oberbürgermeister Wolfram Dette (FDP)  
Staatsminister a. D. Lothar Klemm (SPD)  
Staatsminister a. D. Ruppert von Plottnitz (Bündnis 90/Die Grünen)

Seitens des dbb Hessen waren der Vorsitzende, **Walter Spieß**, die stellvertretenden Vorsitzenden **Dieter Hessler** und **Gerfried Scholtz**, die Vorsitzende der Frauenvertretung und Mitglied der Landesleitung, **Ute Wiegand-Fleischhacker**, sowie der Vorsitzende des Arbeitskreises „Dienstrechtsreform“, **Reinhold Petri**, vertreten.

Bereits in seinem ausführlichen Eingangsstatement machte der Vorsitzende des dbb Hessen, **Walter Spieß**, deutlich, dass sich der „Dualismus“ bei den Beschäftigungsverhältnissen im öffentlichen Dienst bewährt habe. Einem „Einheitsdienstrecht“ erteilte er eine Absage. Sowohl Tarifbeschäftigte als auch Beamtinnen und Beamte seien unverzichtbar für eine effektive und effiziente Aufgabenerfüllung. Beide Rechtsverhältnisse stünden gleichberechtigt nebeneinander.

Zwar stehe man einer Modernisierung des Dienstrechts der hessischen Beamtinnen und Beamten seitens des **dbb Hessen** durchausgeschlossen gegenüber. Eine Reform dürfe aber nicht durch den „Rotstift“ diktiert und die verfassungsrechtlichen Vorgaben müssten strikt eingehalten werden.

Hierzu gehöre, dass die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums, wie z. B. der Grundsatz einer amtsangemessenen Alimentation und das Lebenszeitprinzip beachtet werden.

Den Statements der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen - die DGB - Seite plädierte für die Einführung des „Tarifbeamten“ - schloss sich eine lebhafte Diskussion zu dem Novellierungsbedarf im Laufbahnrecht, im Besoldungs- und Versorgungsrecht an.

Breiten Raum nahm die Diskussion über Sinn und Zweck der Einführung bzw. des Ausbaues aktueller Leistungsanreize im Besoldungsrecht ein.

Der dbb Hessen verschließt sich solchen Elementen nicht, fordert aber transparente, praktikable Lösungen, die auf Akzeptanz stoßen und eine Bezahlung „on top“.

Erkennbar wurde, dass die Mediatoren dem Grunde nach für die Einführung plädieren, die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen sich dem zwar nicht verschließen, aber eher für eine vorsichtige Herangehensweise sind. So müsse geprüft werden, welche Verwaltungszweige und Instrumente sich hierfür eignen und wie Leistung konkret gemessen und bewertet werden soll.

### **„Erfolgsfaktor Frauen – Potenziale nutzen“ – Landesfrauentag 2009 der dbb Frauenvertretung Hessen**

„Erfolgsfaktor Frauen – Potenziale nutzen“: Unter diesem Motto stand der diesjährige Landesfrauentag der dbb Frauenvertretung Hessen. Dieser fand am 12. März 2009 im Historischen Rathaus in Groß-Gerau statt und zeigte, dass dieses Motto auch Realität ist.

Circa 50 Delegierte und Gastdelegierte der Frauenvertretungen aus den mittelbaren und unmittelbaren Mitgliedsgewerkschaften und –verbänden des dbb Hessen versammelten sich in Groß-Gerau, um unter anderem ihren Vorstand für die kommenden vier Jahre zu wählen.

Die Delegierten wählten ihre bisherige Vorsitzende, Ute Wiegand-Fleischhacker (DSTG) mit 35 Stimmen bei einer Enthaltung wieder. Erstmals in den Vorstand als stellvertretende Vorsitzende wurde Kollegin Petra Reiß von der Deutschen Justizgewerkschaft (DJG) mit ebenfalls 35 Stimmen gewählt, während die Delegierten Ilona Piltz von der Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdV) mit 34 Stimmen wieder das Vertrauen der Frauen aussprachen.

Der Vorstand wird durch zwei Beisitzerinnen komplettiert. Neu in diese Funktion wurde Sonja Waldschmidt (DSTG) mit 34 Stimmen gewählt, während Ricarda Sell (Komba) mit 32 Stimmen für die nächsten vier Jahre wiedergewählt wurde.



Neben dem umfangreichen Geschäftsbericht war natürlich auch die Antragsbearbeitung Gegenstand der am Nachmittag stattgefundenen Arbeitstagung.

Eingeleitet wurde dieser Landesfrauentag mit einer Öffentlichkeitsveranstaltung, an welcher neben den Delegierten und Gastdelegierten zahlreiche Gäste unter anderem aus den Reihen des dbb Landesvorstands und des Landesvorstands sowie der dbb Landesleitung teilnahmen.

Als neuer Hessischer Minister für Arbeit, Familie und Gesundheit folgte Jürgen Banzer der Einladung der dbb Frauenvertretung. Als einer der Hauptredner sprach er zu den ca. 100 Gästen der Öffentlichkeitsveranstaltung. Für die im Hessischen Landtag vertretenen Fraktionen nahmen die Abgeordneten Claudia Ravensburg (CDU), Lisa Gnadl (SPD) und Kordula Schulz-Asche (Bündnis 90/Die Grünen) teil. Da der Abgeordnete Rene Rock kurzfristig terminlich verhindert war, übernahm Marcella Matthes die Grußworte für die FDP Hessen.

Aus den Reihen des dbb Hessen sprach der Landesvorsitzende Walter Spieß zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Für die dbb bundesfrauenvertretung trat ihre Vorsitzende Helene Wildfeuer die Reise von Nürnberg nach Groß-Gerau an. Als „Gastgeber“ konnte die Vorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker den Bürgermeister der Kreisstadt Groß-Gerau, Stefan Sauer, begrüßen. Unter dem Blickwinkel des Finanzressorts betrachtete die Finanzpräsidentin Martina Böhme, ob die Frauen ihre Potenziale als Erfolgsfaktoren nutzen.

Wie auch der Staatsminister Jürgen Banzer im Rahmen seiner Ansprache deutlich zum Ausdruck brachte, müsse die Gesellschaft Gleichbehandlung und Frauenförderung weniger instrumental und zweckorientiert sehen, sondern als Selbstzweck auffassen. Eine bunte und farbige Gesellschaft sei auf die tatsächliche Gleichberechtigung der Geschlechter angewiesen. „Bei Gleichberechtigung geht es um Qualität der Gesellschaft“, sagte Jürgen Banzer. Hieran kann man sich nur anschließen, denn Frauen sind Erfolgsfaktoren, man muss nur die „Potenziale nutzen“.